

<b>Einwohnerfragestunde – Vorlage-Nr. VI 14/2025 (§ 43 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### Einwohnerfrage von Frau Dr. Sabine Hanisch zum Thema: Deponie Grauer Wall

Name der Fragestellerin:	Frau Dr. Sabine Hanisch
Datum der Anfrage:	04.02.2025
Angefragt:	Frau STR Toense
Thema der Anfrage:	Deponie Grauer Wall

Der Magistrat hat am 6.11.2024 auf Vorschlag des Umweltschutzamtes die Abschaffung des Deponiebeirates beschlossen und als Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. In der Begründung steht:

"Wie den Protokollen der 9 Sitzungen zu entnehmen ist, konnten keine Rechtsverstöße festgestellt werden. Überschreitungen von Grenzwerten wurden untersucht und konnten plausibel erklärt werden. Ein behördliches Handeln wurde nicht notwendig."

In der 9. Deponiebeiratssitzung (2022) hat die BIKEG Gesetzesverstöße und Grundwasserverunreinigungen durch die Deponie mit Fakten aus Gutachten und Messungen beleuchtet. Diese Vorwürfe wurden bis heute vom zuständigen Bremerhavener Umweltschutzamt und der Bremer Genehmigungsbehörde nicht widerlegt. Das Umweltschutzamt als Protokollführer hat diese Argumente in der Protokollierung ausgelassen. Das Protokoll ist bis heute nicht genehmigt worden, weil der Deponiebeirat seitdem nicht mehr getagt hat.

Frage: Wie erklärt der Magistrat sein Vorgehen, auf Grundlage eines nicht genehmigten Protokolls unbewiesene Behauptungen zum Deponiebetrieb aufzustellen und dies den Stadtverordneten als Entscheidungsgrundlage vorzulegen?

1. Zusatzfrage: Warum wird behauptet, ein "behördliches Handeln wurde nicht notwendig", wenn die Gesetzeslage vorschreibt, dass das Umweltschutzamt bei Hinweisen auf Umweltverschmutzungen trotz eines Planfeststellungsbeschlusses tätig werden muss und jegliche Grundwasserverunreinigung zu unterbinden hat?

2. Zusatzfrage: Wie lange noch will der Magistrat die Deponie, deren Genehmigung gegen geltendes Recht verstößt und damit als illegal angesehen werden kann, verteidigen und Gegengutachten mit Methoden unterdrücken, die eher an diktatorische Allüren denn an einen Rechtsstaat erinnern?